

Diskussionsgänger zur gegenwärtigen Situation im Dorf

Die Kundgebung am Sa., den 13. 6. war für das Anti-AKW-Dorf um die Ziele der örtlichen Bewegung ein Schritt nach vorne.

Örtliche BIs haben sich mit dem Dorf solidarisiert. Die Kundgebungsteilnehmer zeigten ihren Willen, das Dorf gegen jegliche Angriffe zu verteidigen und unser Ziel: Das AKW wird nicht gebaut nach wie vor an die oberste Stelle zu setzen. Die Ziele des Dorfes sind NACH WIE VOR die:

1. Da wir wissen, daß der Baustop sowohl ein Zugeständnis an die Stärke unseres Kampfes ist, daß aber auf der anderen Seite nach wie vor weiter gebaut wird, ist das Dorf gegründet worden, um im Vertrauen auf die eigene Kraft das AKW Grotende praktisch zu verhindern.
2. Das muß heißen, die örtliche Bewegung zu stärken, um Feindesland für die AKW-Betreiber in der Umgebung des AKWs und auch anderswo zu schaffen. * Zusammenarbeit mit den örtlichen BIs und verstärkte Öffentlichkeitsarbeit durch das Dorf.
3. Der Kampf gegen die Kriminalisierung des Dorfes, die gleichbedeutend ist mit der Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung muß geführt werden, um die Spaltung zwischen Arbeitern des AKWs, Bewohnern und Anti-AKW-Dorf aufzuheben und auch so den Betreibern einen Strich durch die Rechnung zu machen.

Den AKW-Betreibern kommt es gegenwärtig vor allem darauf an, nicht eine "Schlacht" zu gewinnen, wie Albrecht sagte, sondern einen Sieg über die Anti-AKW-Bewegung zu erringen. Unter diesem Gesichtspunkt muß man auch die angekündigte Räumung sehen. Eine Räumung des Dorfes, die eine allgemeine Empörung wie auch ein verstärktes Festhalten an den Zielen des Dorfes zur Folge hätte, wäre dennoch nicht unmittelbar im Sinne der AKW-Betreiber. Man darf diese Möglichkeit zwar nach wie vor nicht unterschätzen, daß heute oder morgen die Bullen vor der Tür stehen. Deshalb muß unsere Wachsamkeit verschärft werden. Dennoch hat es seine Bedeutung, wenn Grose verkündet, daß das Dorf "mit oder ohne Polizei" "zerlegt" werde, und zwar zu einem "politisch und taktisch günstigen Zeitpunkt".

Die AKW-Betreiber setzen also auf Stimmungen und Kräfte in unserer Bewegung, die auf Kapitulation hinarbeiten:

- Die politische Richtung, die durch Schirr repräsentiert wird. g. Er hatte in den letzten Wochen mit aller Kraft darauf hingearbeitet, die Kundgebung am Sa zu einer Abschiedsvorstellung für das Dorf zu machen, nach der "freiwillig" geräumt werden sollte, um auch durch seine Pressekritik. Dabei stützte er sich auf eine Stimmung im Dorf, die bei einigen Leuten nach der Räumungsandrohung entstanden war. Diese Stimmung reichte von "es hat ja doch keinen Zweck mehr" bis zu "abhaufen und anzünden".

- Die politische Richtung, die durch den Aufruf für die Kundgebung vertreten wird. Dieser Aufruf ist übrigens von keinen Dorfplanen inhaltlich verabschiedet worden. Die Leute, die diese Richtung vertreten, hebsichtigen von unserem erklärten Ziel abzugehen, nämlich KEIN AKW IN GROHDE UND AUCH NICHT ANDERSWO. Sie erklären den Baustop, bzw die Durchsetzung des Baustops zu unserem obersten Ziel. Das Dorf ist jedoch gerade auf Grund der praktischen Erfahrung gegründet worden, daß man sich nicht auf Gerichtsbeschlüsse verlassen kann, sondern die Sache selbst in die Hand nehmen muß. Haben etwa die Bauern in Wyhl, um den Baustop des AKWs zu erreichen, einen Millimeterbreit ihr Ziel verlassen, daß das AKW nicht gebaut wird? Haben sie etwas auf die Platzbesetzung, auf ihren eigenständigen Kampf verzichtet, um Gerichtsbeschlüsse abzuwarten?

Gerichtsbeschlüsse sind immer nur Reaktionen auf die Stärke und die politische Konsequenz der Anti-AKW-Bewegung. Sie werden auch nur dann eingehalten, wenn wir an unseren Erfahrungen und an unserem eigenständigen Kampf festhalten. Vor diese Erfahrungen laugnet, macht die Bewegung wehrlos. Wir können weder einen Baustop noch unser Ziel erreichen, daß das AKW nicht gebaut wird.

Des weiteren wird in dem Flugblatt - in besagtem Aufruf - Albrecht daran erinnert, daß er gegen das Grundgesetz verstoßen wurde, nämlich gegen die körperliche Unversehrtheit der Bürger, weil er das AKW baut. Und das, obwohl Jodermann weiß, daß der polizeiliche Todesschuß gesetzlich freigegeben ist, daß "Loral" gegen AKW-Gegner mit der chemischen Kaula und dem Schlagstock vorgegangen wird, wie an Sa bei der Polizeiprovokation geschahen. - Auf Gesetze und Gerichte zu vertrauen - das nicht heißt, solche Mittel nicht zu nutzen - muß zwangsläufig zur Kapitulation führen, spätestens dann, wenn man merkt, daß diese Einrichtungen nicht für uns, sondern gegen uns sind.

Das Dorf hat bisher allen Bestrebungen zur Kapitulation einen Strich durch die Rechnung gemacht. Es ist der Annahme von Schirr, das Dorf solle freiwillig geräumt werden, entgegentreten. Es hat die Kundgebung mit den örtlichen BIZ an Sa zu einer Stärkung der Ziele des Dorfes genutzt. Es hat die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt und zeigt auf den Dörfern den Film "Hierher heute aktiv als morgen radikalaktiv". In diese Richtung müssen wir weiterarbeiten. Es darf nicht mehr selbsterannten Sprechern überlassen werden, politische Stellungnahmen für das Dorf abzugeben. Wir müssen in unseren eigenen Reihen Klarheit über das schaffen, was die AKWBetreiber vorhaben, und verstärken eine eigene Politik zur Durchsetzung unserer Ziele machen. Wir müssen vor allem den Zusammenschluß mit der Bevölkerung verstärken, um den örtlichen Kampf gegen das AKW zu unterstützen und voranzubringen.

Das Plenum muß zum Ort werden, wo wirklich die politische Auseinandersetzung um die Durchsetzung unserer Ziele geführt wird.

In diesem Sinne versteht sich das Papier als einen Diskussionsbeitrag, um einen einheitlichen und geschlossenen Kampf gegen das AKW Grehnde wie auch gegen das gesamte Atomprogramm zu führen.

Eine Dorfbewohnerin (KPD)